



Sarah Ryglewski
Mitglied des Deutschen Bundestages

Presseinfo zu finanzpolitischen Themen diese Woche: Finanzmarktnovellierungsgesetz, Panama Papers, Cum/Ex

Erstes Finanzmarktnovellierungsgesetz beschlossen

Der Finanzausschuss hat heute das erste Finanzmarktnovellierungsgesetz beschlossen. Das Gesetz setzt eine Reihe europäischer Rechtsakte um, die Marktmissbrauch bekämpfen und Kleinanleger schützen soll.

„Bei der Ausgestaltung des Gesetzes stand für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten der finanzielle Verbraucherschutz im Fokus. So erleichtert das in deutscher Sprache zu erstellende Produktinformationsblatt Verbraucherinnen und Verbrauchern die Anlageentscheidung. Uns war wichtig, dass es ein solches Informationsblatt für alle Finanzprodukte gibt - unabhängig davon, ob es sich um verpackte Finanzprodukte, also Zertifikate, Derivate und Kapitallebensversicherungen handelt, oder einfache Finanzprodukte, wie Anleihen oder Aktien. Die Forderung der Finanzwirtschaft, Aktien und Anleihen von der Pflicht zur Erstellung eines Produktinformationsblattes auszunehmen, haben wir aus Gründen des Kleinanlegerschutzes entschieden abgelehnt“, erklärt die Bremer Bundestagsabgeordnete Sarah Ryglewski.

Darüber hinaus wurden durch das Gesetz die Vorgaben der EU-Verordnung über Zentralverwahrer, der Marktmissbrauchsrichtlinie und der Marktmissbrauchsverordnung in deutsches Recht übernommen. Bestehende Sanktionsmaßnahmen haben wir dabei an technologische Entwicklungen wie den Hochfrequenzhandel angepasst, Überwachungs- und Eingriffsbefugnisse der BaFin gestärkt, Sanktionsmöglichkeiten verschärft und Bußgelder bei unlauterer Marktmanipulation spürbar erhöht.

Panama Papers

Auch die Enthüllungen um die Panama Papers beschäftigen diese Woche den Bundestag. Die 11,5 Millionen Dokumente über die Briefkastenfirmen in Übersee zeigen, dass die Bekämpfung von Steuerbetrug, Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung ganz oben auf die politische Agenda gehört. „Es hat nichts mit Gerechtigkeit zu tun, wenn der Großteil der deutschen Bürgerinnen und Bürger im Alter oder bei Krankheit kaum finanzielle Rücklagen hat und gleichzeitig Wohlverdienende ihr Geld in Steueroasen verstecken.“, so Sarah Ryglewski.

Der Finanzminister Wolfgang Schäuble reagiert jetzt zwar mit einem 10-Punkte-Plan, lässt aber einen entsprechenden Antrag des Bundesrates zur Verschärfung des Aufsichtsrechts schon seit 2013 unbeachtet liegen. Die SPD-Bundestagsfraktion will neben Maßnahmen auf internationaler und europäischer Ebene auch in Deutschland handeln. Wir wollen unter anderem, dass die Banken härter sanktioniert werden, wenn sie Beihilfe zu Geldwäsche und Steuerhinterziehung leisten. Das ist bisher an der Union gescheitert. Wir werden uns konsequent für die Bekämpfung von Steuerbetrug einsetzen, vielleicht zieht die Union nun unter Druck endlich mit.

Untersuchungsausschuss Cum/Ex-Geschäfte

Am 14. April findet diese Woche die erste öffentliche Anhörung im Untersuchungsausschuss zu den sogenannten Cum/Ex-Geschäften statt. Zur Steuergerechtigkeit gehört auch, vor der eigenen Haustür zu kehren, wenn es sein muss. Jetzt geht es darum, die fraglichen Geschäftsmodelle der Finanzindustrie, sowie den Umgang der Minister im Untersuchungszeitraum, also von 1999 bis 2012, aufzuklären. Als stellvertretendes Mitglied begrüßt Sarah Ryglewski, dass der Untersuchungsausschuss seine Arbeit jetzt zügig aufnehmen kann.